

Polizei von Maryland kann aufgrund von möglicher „Gewaltanwendung“ bei der Sicherheit während der Feier der Amtseinführung nicht helfen

geschrieben von Andreas Demmig | 20. Januar 2025



Amber Duke, Leitender Redakteur, 18. Januar 2025

Das Metropolitan Police Department (MPD) in Washington, D.C., begründete dies mit jüngsten Änderungen in Marylands Politik im Umgang mit Gewalt damit, dass mehrere Strafverfolgungsbehörden Berichten zufolge nicht in der Lage seien, bei der Sicherheitsvorkehrung für die Amtseinführungszерemonien des Präsidenten im Jahr 2025 mitzuhelfen.

Nur wenige Tage vor der Amtseinführung bestätigten sieben Polizeidienststellen in Maryland gegenüber The Daily Caller, dass sie nicht mit dem MPD zusammenarbeiten werden, obwohl sie in den vergangenen Jahren bei der Sicherheit in der Hauptstadt geholfen hatten. Mindestens eine Dienststelle, die Polizeidienststelle von Montgomery County, gab an, dass dies auf Probleme mit dem Memorandum of Understanding (MOU) zwischen den Dienststellen zurückzuführen sei. Einige dieser Dienststellen, darunter die in Anne Arundel County und Prince George's County sowie die Maryland State Police, sagten, sie würden stattdessen die United States Capitol Police unterstützen.

„Aufgrund unterschiedlicher Auslegungen der jüngsten Gesetzgebung Marylands zum Einsatz von Gewalt im Vergleich zu den Richtlinien des District of Columbia zum Einsatz von Gewalt können einige Behörden Marylands das MPD bei der Amtseinführung nicht direkt unterstützen. Viele dieser Behörden tragen jedoch durch Vereinbarungen mit der United States Capitol Police zu den Sicherheitsbemühungen der Veranstaltung bei“, teilte die Polizei von Washington, DC, dem Daily Caller in einer Erklärung mit.

Die Gesetzgeber des Bundesstaates Maryland verabschiedeten im April 2021 nach dem Tod von George Floyd am 25. Mai 2020 neue Beschränkungen für den Einsatz von Gewalt durch die Polizei und hoben den ersten Gesetzesentwurf zur Polizeireform des Landes auf. Der umfassende Gesetzesentwurf zur Polizeireform legt fest, dass Gewalt nur eingesetzt werden darf, um „eine unmittelbare Bedrohung durch körperliche Verletzungen“ einer Person abzuwenden oder „ein legitimes polizeiliches Ziel zu erreichen“. Außerdem wurde der Standard für den Einsatz von Gewalt von „angemessen“ auf „notwendig und verhältnismäßig“ angehoben.

Die Polizeidienststellen in Washington, D.C. arbeiten nach dem lockeren Grundsatz der „objektiven Angemessenheit“. Die Polizeidienststellen dürfen Gewalt anwenden, um „gegen die Polizeibeamten oder andere gerichteten Widerstand zu überwinden“, „körperlichen Schaden von dem Polizisten oder einer anderen Person abzuwenden (einschließlich der Intervention bei einem Selbstmord oder anderen Selbstverletzungsversuchen)“, „den Polizeibeamten oder einen Dritten vor unrechtmäßiger Gewalt zu schützen“ und „Sachschäden oder -verluste abzuwenden“, heißt es in der entsprechenden General Order .

Polizeidienststellen, die in anderen Gerichtsbarkeiten tätig sind, müssen im Rahmen einer Absichtserklärung vereidigt werden, die in der Regel die Gewaltanwendungsrichtlinien der Heimatbehörde enthält. In diesem Fall könnten Polizeidienststellen in Maryland in ihrem Heimatstaat rechtlich haftbar gemacht werden, falls sie nach den weniger strengen Richtlinien des District of Columbia operieren. Das neue Gesetz von Maryland besagt, dass Polizisten, die gegen die Gewaltanwendungsrichtlinien verstößen und schwere Verletzungen oder den Tod verursachen, mit bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen müssen. Der ehemalige republikanische Gouverneur Larry Hogan legte sein Veto gegen das Gesetz ein, wurde jedoch am 10. April 2021 von der Generalversammlung von Maryland überstimmt.

MPD gibt an, dass es bei den letzten beiden Amtseinführungen unter derselben Absichtserklärung gearbeitet hat.

„Es ist wichtig anzumerken, dass das Memorandum of Understanding (MOU), das die gegenseitige Hilfeleistung für die Amtseinführung regelt, dasselbe vom Justizministerium genehmigte MOU ist, das für die letzten beiden Amtseinführungen verwendet wurde. ... Die Sicherheit unserer Stadt, unserer Besucher und Einwohner hat für uns weiterhin oberste Priorität und wir sind zuversichtlich, dass unsere koordinierten Bemühungen zu einer weiteren erfolgreichen Amtseinführung führen werden.“

Der Stadtrat von Washington, D.C., hat 2022 ein Gesetz zur Aktualisierung des Strafgesetzbuchs verabschiedet, um die Strafdauer für einige Straftäter zu verkürzen. Der Kongress versuchte, das Gesetz auf Grundlage seiner Home Rule Act -Befugnis vom Dezember 1973 zu blockieren, doch Präsident Joe Biden legte sein Veto ein. Das Gesetz änderte jedoch nichts an den Richtlinien zur Gewaltanwendung durch die Polizei. Später verabschiedete die Stadt 2024 ein Gesetz zur öffentlichen Sicherheit, mit dem einige fortschrittliche Justizreformen zurückgenommen wurden.

MPD wies darauf hin, dass sie „starke Beziehungen“ zu ihren Partnern in Maryland pflegen und dass einige dieser Abteilungen die Capitol Police bei ihren Bemühungen unterstützen werden, das Kapitol während der Amtseinführung zu sichern. Der designierte Präsident Donald Trump gab am Freitag bekannt, dass die Amtseinführungszeremonien am Montag aufgrund

der für den 20. Januar vorhergesagten eisigen Wetterbedingungen in die Rotunde des Kapitols verlegt würden.

„Chief Smith wurde von den Chiefs dieser Behörden persönlich benachrichtigt und es gibt keinen Streit zwischen den Behörden. MPD pflegt weiterhin enge Beziehungen zu unseren Partnern in der National Capital Region. Diese Behörden bleiben im Rahmen der gegenseitigen Hilfsabkommen des Council of Governments und in ihrer täglichen Zusammenarbeit mit MPD wertvolle Partner“, sagte MPD gegenüber The Daily Caller.

Voraussichtlich werden 25.000 Militärangehörige und Polizisten aus dem ganzen Land bei der Sicherheit der Einweihungszeremonien am Montag helfen . Das MPD sagte, dass einige Abteilungen Marylands zwar nicht teilnehmen werden, sie sich aber die Zusammenarbeit mit 173 anderen Abteilungen gesichert haben, um „ein sicheres und geschütztes Erlebnis für alle Teilnehmer zu gewährleisten“.

„Das Metropolitan Police Department schätzt die starken Partnerschaften, die wir mit Strafverfolgungsbehörden im ganzen Land pflegen, sehr. Diese Partnerschaften sind entscheidend, um die öffentliche Sicherheit bei wichtigen Ereignissen wie der Amtseinführung des Präsidenten zu gewährleisten“, sagte das MPD. „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit unseren Partnerbehörden und sind dankbar für ihre anhaltende Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der höchsten Standards der öffentlichen Sicherheit.“

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/01/18/washington-dc-police-cite-maryland-us-e-force-policy-changes-inauguration-security-limits/>